Großer Ratschlag

# Organisation kaputt?

## Zur Situation des SB

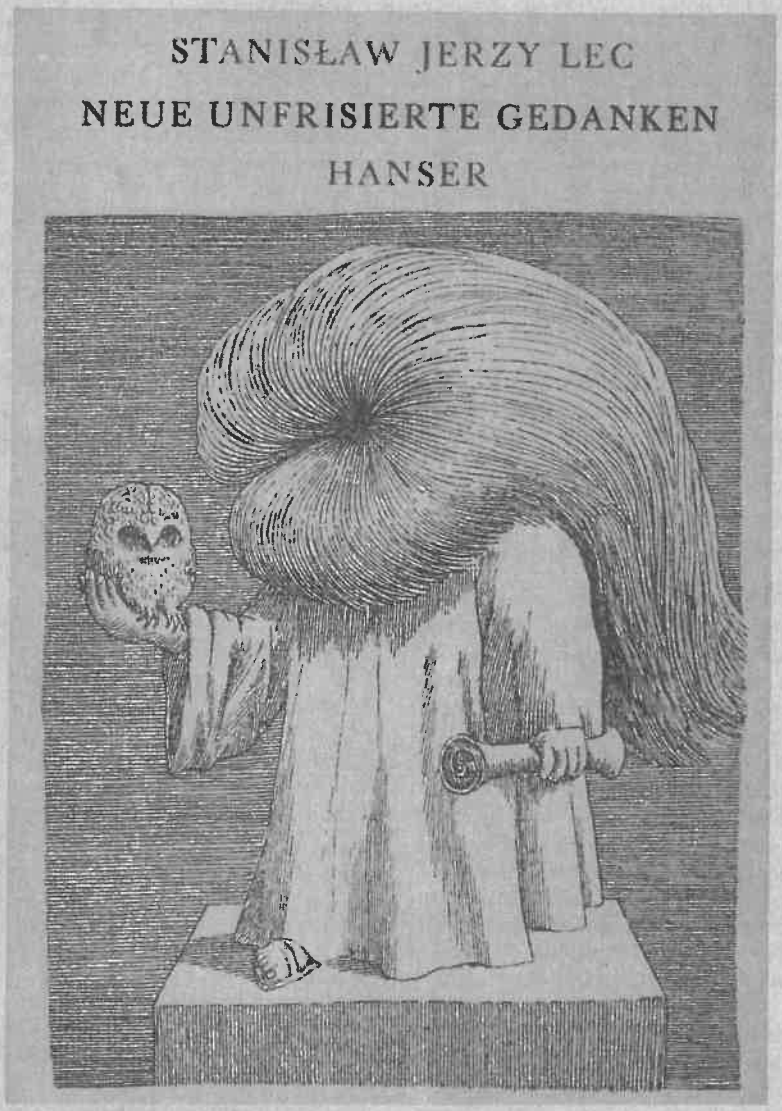
### Ratschlag-Beobachtungen

Ich fange mit ein paar Beobachtungen an, die man auf bzw. im Zusammenhang mit dem Großen Ratschlag machen konnte.

Im "Forum 2" wird über sozialistische Politik in der autoritären Demokratie diskutiert, und überraschenderweise fixieren sich die Debatten nicht mehr so sehr auf die abgestandenen Kontroversen über Grüne, Parlamentarismus, größere und kleinere Übel im etablierten Parteiensystem, sondern es gelingt ansatzweise, zu einem gemeinsamen Problemverständnis über veränderte gesellschaftliche Bedingungen und die damit verbundenen Wandlungen bei sozialen Konfliktformen und den Inhalten von Politik zu kommen. Dezentralität und Partialität der Konflikte, Heterogenität der Bewegungen, komplexe Lernprozesse – so weit, so gut. Aber zu Recht wird dagegengehalten, daß die gesellschaftliche Entwicklung Bedingungen setzt, ohne sich um den Fortschritt unserer Selbstorganisation und unserer Lernprozesse zu scheren, politische Lagen, zu denen wir uns verhalten müssen, Bedrohungen, die es gemeinsam abzuwehren gilt. Unter diesem Gesichtspunkt gerät der Verweis auf dezentrale Selbsttätigkeit, "Basisorientierung" usw. leicht zur idyllischen Beschwörungsformel. So sehr wir Unabhängigkeit und Autonomie gegenüber den Institutionen und Formen der bürgerlichen Gesellschaft behaupten müssen, so wenig können wir uns von ihr abkoppeln. Sich in der bestehenden Gesellschaft behaupten und gleichwohl nicht auf ihre Integrations- und Neutralisierungsmechanismen hereinfallen: auch eine "Organisationsfrage".

Das SB lädt zu einem Kongreß über "Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik" ein, während es doch schon ein Gemeinplatz ist, daß es "als Organisation" (und unbeschadet der Aktivitäten einzelner Mitglieder) eigentlich neben und außerhalb der relevanten neuen Bewegungen steht. Das ist kein Zufall: soweit das SB Mitgliederorganisation im Sinne eines formalen Zusammenschlusses zunächst einmal abstrakter Individuen ist, kann es sich zu realen Bewegungen nur äußerlich verhalten, es sei denn, es wäre selbst eine. Deshalb auch der Arbeitsfeldansatz – nach Interessen organisieren. Fragt sich nur, was für Interessen da eigentlich organisiert werden. Wie die Arbeitsfelder sich entwickelt haben, beziehen sie sich weitgehend auf etablierte gesellschaftliche Berufsfelder und damit auf das vordefinierte gesellschaftliche Institutionensystem und empfangen von daher auch ihre bekannten Bornierungen und Beschränkungen, ihre ständischen Tendenzen u.v.a.m. Dahinter stehen alte Illusionen über die Spielräume reformistischer Politik ("Marsch durch die Institutionen"), unaufgearbeitete Erfahrungen mit Niederlagen und Enttäuschungen im institutionellen Gerangel, faktisch oft die Aufgabe eines radikalen sozialrevolutionären Anspruchs, eben ein Sich-Einrichten auf alltägliche Kleinarbeit ohne mitreißende Perspektive. Deshalb läuft der Arbeitsfeldansatz Gefahr, den Ort relevanter gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und Bewegungen zu verfehlen und politische Erfahrungs- und Lernprozesse zu blockieren. Das verstärkte Aufkommen außerinstitutioneller Bewegungen und Praxisansätze bedeutet doch, daß man gelernt hat, sich politische Ziele und Inhalte nicht durch die bürgerlichen Arbeitsteilungs- und Institutionsstrukturen vorgeben und damit entpolitisieren zu lassen, daß diese autonom und gegen herrschende Definitionen des Politischen bestimmt werden müssen, daß klar geworden ist, daß sozialrevolutionäre Praxis in dieser Gesellschaft ihre Basis außerhalb des etablierten Institutionengefüges haben muß. Das macht politische Arbeit in den Institutionen nicht unsinnig, bedeutet aber, daß Schwergewichte anders gesetzt und Handlungszusammenhänge gegen die institutionellen Vorgaben und querliegend zu diesen entwickelt werden müssen. Die Arbeitsfeldstruktur in der heutigen Form gewährleistet dies nicht.

Das SB hat gerufen und 5.000 kamen. Auch wenn einiges ganz gut gelaufen ist, sollte man doch nicht die Enttäuschungen übersehen, die es gegeben hat. Das Büro hat mit dem Ratschlag im wesentlichen seine formale organisatorische Kompetenz unter Beweis gestellt. Wo Inhaltliches vorgegeben wurde, ging's – am eklatantesten beim Eröffnungs-Podium – schief. Dies liegt nicht an einzelnen Personen und schon gar nicht am Auftreten einer etwas skurrilen Frauengruppe, sondern daran, daß die Art und Weise der Produktion und (theoretischen) Verarbeitung von Problemen und Erfahrungen im SB insgesamt rückständig und defizitär ist. Daß einige Prominente auf dem Podium über Dinge redeten, die mit den Problemen der Zuhörer (!) wenig zu tun hatten, lag nicht nur an der problematischen Form, sondern ließ auch den Verdacht aufkommen, daß das SB als Organisation dabei ist, hinter den erreichten Stand an politischer Bewußtseinsbildung und Problemverständnis innerhalb der Linken, ja selbst seiner Mitglieder zurückzufallen: Ein Kopf ohne Leib, ohne Sinne und ohne Sinn. Und es ist sicher kein Zufall, daß solche Arbeitsgruppen zu den besten gehörten, wo die geplanten inhaltlichen Vorgaben (in Form von Referenten u.ä.) ausgefallen waren. Nun könnte man, Organisationsegoismus beiseite lassend, froh darüber sein, daß die politische Entwicklung in der BRD in mancher Hinsicht inzwischen weiter ist als



das SB. Aber so einfach ist das nicht: daß das SB immer noch als Projektionsfolie für vehemente politische Bedürfnisse dient, zeigt an, daß es politische Aufgaben gibt, die nicht umstandslos in anderen Zusammenhängen Realität werden können. Und in einer solchen Situation permanent Erwartungen zugleich zu wecken und zu enttäuschen, wird politisch immer gefährlicher und unverantwortlicher.

## SB – ein Traditionsverein?

Zieht man ein grobes Fazit, so läßt sich behaupten, daß das SB in seiner politisch-organisatorischen Struktur zu einem großen Grade praktisch überständig und – gemessen an den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – theoretisch grundsätzlich kritisierbar ist. Das Problem ist nur, daß man nicht davon ausgehen kann, es würde von der weiteren Entwicklung nun einfach überrollt, transformiert, ersetzt oder ad acta gelegt. Als eine Art Traditionsverein der undogmatischen Alt-Linken (was keine Frage des Alters allein ist!) könnte es sehr wohl noch einige Zeit dazu herhalten, diffuse Heimatgefühle oder auch den beruhigenden Anschein relevanter politischer Tätigkeit zu vermitteln. Aber dann wird es weiterhin Erwartungen enttäuschen, Aktivitäten verhindern, politisch neutralisieren, Erfahrungs- und Lernprozesse blockieren. Deshalb ist es gefährlich, einer momentan verbreiteten Tendenz zu folgen und das Ding halt sich selbst zu überlassen, eben mal abzuwarten. Man muß vielmehr die Frage der politisch-organisatorischen Strukturen im umfassenderen Zusammenhang des sogenannten 'linken Spektrums' und der 'neuen sozialen Bewegungen' radikal, d.h. inhaltlich und politisch diskutieren. D.h. nicht nach abstrakten Prinzipien und entlang traditionellen Fraktionierungen, sondern unter Berücksichtigung dessen, daß sich die gesellschaftliche und politische Situation in der BRD seit dem Anfang der siebziger Jahre drastisch verändert hat, daß Formen und Inhalte von Politik weiterentwickelt wurden, neue und weitertreibende Formen gesellschaftsverändernder Praxis entstanden sind.

Was wir in der BRD brauchen, sind einigermaßen tragfähige und verläßliche Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, die es ermöglichen, Erfahrungen zu vermitteln, Interessenkonflikte offen auszutragen, gemeinsam zu kämpfen, wo es nötig ist und nicht zuletzt die theoretischen Klärungsprozesse über Zustand und Entwicklungstendenzen dieser Gesellschaft und Bedingungen/Perspektiven politischen Handelns voranzutreiben. So etwas entwickelt sich nicht einfach naturwüchsig, sondern bedarf der bewußten Schaffung von festeren Zusammenhängen und Verbindungen. Dabei kommt es natürlich darauf an, die zentralisierenden und bürokratischen Muster politischer Organisation (Partei, Verband) zu vermeiden, die eine praktische Selbstwahrnehmung von Interessen, Experiment und Lernen immer schon verhindert und auf diese Weise politische neutralisiert haben. Dazu bedarf es nicht "der" Organisation, sondern eines komplexen Netzwerks, einer "Infrastruktur", deren schon vorhandene Ansätze weiterentwickelt werden müssen. Das SB war von Anfang an als eine solche Art von "Netzwerk" konzipiert und von daher rührt die politische Bedeutung, die es bisher hatte. Es verliert diese freilich umsomehr, als es sich aufgrund der ihm eigentümlichen Arbeits- und Wahrnehmungsstrukturen von den sich verändernden realen Praxisfeldern, Erfahrungszusammenhängen und Konfliktlagen entfernt, den politischen Prozeß nicht mehr authentisch verarbeiten und ausdrücken kann. Natürlich ist das SB nicht der Nabel der (bundesrepublikanischen linken) Welt, aber es hat von seiner Geschichte und Struktur her immerhin noch die Chance, einige wichtige politische Zusammenhänge und Vernetzungen zu gewährleisten, z.B. indem es die politisch zusammenbringt, die innerhalb und außerhalb des etablierten Institutionensystems leben und arbeiten oder arbeitsteilig-institutionell fragmentiert sind, indem es eine auf zentrale gesellschaftliche Krisen- und Konfliktbereiche (und nicht auf etablierte Berufsfelder und Institutionen) bezogene Arbeit auf Dauer stellt (Gesundheit statt Krankenhaus, Sozialisation statt Schule, Produktion/Reproduktion statt Betriebe), es ermöglicht, daß der politische "Generationskonflikt" nicht als Störfaktor, sondern als politisch produktiv begriffen und ausgetragen werden kann.

## Die Organisationsfrage diskutieren!

Künftig wird es vor allem darauf ankommen, unabhängig von den etablierten institutionellen und politischen Vorgaben und Vordefinitionen die sprengenden Krisen- und Knotenpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen und diejenigen arbeitend zusammenzubringen, die von unterschiedlichen Berufs"rollen" und Lebenslagen her, darin einbezogen sind. Also z.B. die Jugendlichen mit denen, die mit ihrer gesellschaftlichen Einpassung und Kontrolle in verschiedener Weise und mit je spezifisch erfahrenen Schwierigkeiten und Widersprüchen beschäftigt sind: Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Professoren, Medienarbeiter, Ärzte, Psychologen u.v.a.m. Und es wird darauf ankommen, die zersplitterten Arbeits- und Konfliktbereiche auf einer politischen Ebene zusammenzubringen, wo sie in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und in ihrer unmittelbaren Relevanz für die Betroffenen sichtbar und im Sinne alternativer Praxisformen bearbeitbar, d.h. nicht schon durch die etablierten politischen Apparate zerlegt und abstraktifiziert sind, also z.B. im kommunalen und regionalen Zusammenhang. Daß das SB gerade hier trotz SZs und Arbeitsfeldern versagt hat, markiert eines der schwerwiegendsten Defizite unserer bisherigen politischen Arbeit. Auf der anderen Seite gibt es eine breite Grundlage für solche Ansätze, wie gerade der Ratschlag gezeigt hat. So etwas setzt allerdings auch voraus, daß wir wieder lernen, aus den disparaten Praxisansätzen und Konflikten heraus und auf diese bezogen gesellschaftstheoretisch zu arbeiten, daß es möglich wird, die Initiativen und den Kommunikationsrahmen für eine zugleich "undogmatische", d.h. Erfahrungen verarbeitende und verbindliche, d.h. kontinuierliche und handlungsrelevante Theoriediskussion zu entwikkeln, die nicht immer wieder die bornierte Trennung von "Theoretikern" und "Praktikern" reproduziert. Sicher sind die "Theoriefeindlichkeit" und der Antiintellektualismus, die sich auch im SB breit gemacht haben, mit ein Ausdruck derartiger Bornierungen, aber man muß auch sehen, daß sich das Fehlen einer verbindlichen theoretischen Arbeit für die politische "Praxis" hierzulande immer fataler auswirkt.

Man sollte nicht mehr darüber hinwegsehen, daß die sogenannte "Organisationsfrage" in zwei Bedeutungen des Wortes ansteht: sowohl was die politische Produktivität und damit die Existenzberechtigung des SB angeht als auch hinsichtlich der umfassenderen Entwicklung politischer Strukturen und Zusammenhänge im Geflecht des "linken Spektrums", der Protestbewegungen und Praxisansätze hierzulande. Von seiner Form, seiner Geschichte und seinen Verbindungen her könnte das SB dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn nicht organisationstraditionalistisch und -egoistisch, sondern offen und kreativ diskutiert wird, auch keine Scheu besteht, heilige Kühe zu schlachten. Fertige Rezepte gibt es freilich nicht dafür, sondern es bedarf erst mal der kritischen Aufarbeitung von Erfahrungen, der Experimente, des kollektiven Lernens mit neuen Arbeitsformen. Da solche Diskussionen noch kaum in Ansätzen existieren, ließen sich auch hier nicht mehr als ein paar vage Linien skizzieren. Dabei werden wir uns immer daran erinnern müssen, daß Organisieren kein Ersatz für Politik ist. Was zuerst not tut, ist eine breite, intensive und radikale Auseinandersetzung und Verständigung über die realen Strukturen und Tendenzen dieser Gesellschaft. Da reichen Floskeln wie "autoritärer Staat", "Modell Deutschland" oder "Atomstaat" nicht aus, so wenig wie es genügt, daß man konstatiert, die "neuen" sozialen Bewegungen seien halt irgendwie anders, eben "alternativ". Es geht um die Bedeutung von überaus heterogenen Bewegungen und Praxisansätzen, unserer Arbeit darin, um Motive, Ziele und Inhalte sozialrevolutionären Handelns, und zwar ohne heimliche Traditionalismen und Organisationsbornierheiten, die immer wieder die Diskussion beeinflußt haben. Und eine solche Diskussion muß zugleich offen, lernbereit und vor allem folgenreich sein für die "organisatorischen" Strukturen und Zusammenhänge, die wir angesichts sich dramatisch verändernder gesellschaftlicher und politischer Bedingungen in Zukunft für unsere Arbeit brauchen.

**JOACHIM HIRSCH**